



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 6,— Mk. — Anzeigen: die dreigespaltene Beilagen 4,— Mk., Tages- und Versammlungs-
anzeigen die Zeile 50 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitragsregister.

Für die Woche vom 7. bis 13. August 1922 ist die
Beitragsmarke in das mit 32 bezeichnete Feld des
Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung der Lokalbeiträge.

Stade. Für alle Mitglieder auf 1 Mt.
Cohr. Für alle Mitglieder auf 1 Mt.
Alm. Ab 1. Juli für alle Mitglieder auf 1,50 Mt.
Leipzig. Ab 1. Juli auf 2 Mt.
Wittenberg. Ab 1. August für männliche Mitglieder
1,50 Mt., für weibliche Mitglieder 1 Mt.
Der Vorstandsvorstand gibt hierzu die Genehmigung.
J. M. C. Bucher, 1. Vorsitzender.

Stände und Klassen

Solange wir eine Menschheitsgeschichte haben, erzählt
sie uns von einer sozialen Gliederung, einer Leber-
und Unterordnung innerhalb der einzelnen Horden, Stämme
und Völker. Nicht die Gleichheit, die Ungleich-
heit der Menschen drückt dem menschlichen
Zusammenleben früher und heute den Stempel
auf. Es mag dahingestellt bleiben, worin diese Un-
gleichheit ihre Ursachen hat, fest steht, daß wir sie überall
in geschichtlicher Zeit beobachten. Vermutlich hat in vorge-
schichtlicher Zeit unter den Urmenschen eine wirtschaftliche,
soziale und rechtliche Gleichheit bestanden — natürlich Unter-
schiede in bezug auf Geschlecht, Alter, Veranlagung usw.
waren selbstverständlich vorhanden — aber diese Gleichheit
in bezug auf Besitz, Recht und Geltung ist verschwunden
und wir finden innerhalb ein und derselben Gruppe Herren
und Knechte, Besitzende und Besitzlose, Bevorrechtigte und
Entrechtete, Vornehme und Geringe. Die Menschen stufen
sich untereinander ab, sie scheiden sich in Stände und Klassen,
die sich untereinander befriedeten.

Wenn wir von der Stände- und Klassenunterscheidung
in den Staaten und Völkern des Altertums absehen, von
deren wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Zerküftung
uns die Sozialgeschichte interessante Schilderungen entwirft,
so finden wir, daß sich die mittelalterliche Gesell-
schaft vorwiegend nach Ständen schied, während in der
modernen Gesellschaft immer deutlicher die
Klassenunterscheidung hervortritt. Allerdings läßt sich
die Grenze zwischen Ständen und Klassen sehr schwer mit
ausreichender Genauigkeit ziehen, weil es hierbei verschiedene
Maßstäbe gibt, die man anlegen kann, immerhin erscheint es
richtig zu sein, wenn man im Mittelalter von verschiedenen
Ständen, in der Gegenwart von verschiedenen Klassen spricht.
Die einzelnen Stände so gut wie die einzelnen Klassen
unterschieden sich voneinander nicht nur in wirtschaftlicher,
sozialer und rechtlicher Beziehung, sondern auch in bezug
auf das soziale Bewußtsein, das in ihnen lebt und ihre An-
gehörigen erfüllt. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit,
das Gemeinschaftsgefühl, das aus der Lebens- und Schicksals-
gemeinschaft erwächst, schließt die Glieder eines Standes oder
einer Klasse zusammen und erzeugt allmählich eine Gemein-
samkeit des Fühlens, Denkens, Wollens und Handelns, es
erzeugt bindende Moralbegriffe und regelt das Tun und
Lassen des einzelnen. Stände und Klassen sind
soziale Gebilde innerhalb der staatlichen
Organisation, die unter Umständen in einen schroffen
Gegensatz zum Staat treten und für sich ein eigenes Recht
schaffen, die aber auch zuweilen mit dem Staat eng ver-
bunden sind und gewissermaßen zu staatlichen Organisationen
werden. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Staatsmacht
unpersönliche Organisation eine unterschiedslose Einerei-
cheit seiner Untertanen erstrebte, zu anderen Zeiten aber hat
sich der Staat geradezu auf die Stände und Klassen gestützt
oder er ist sogar zu einem Werkzeug in der Hand eines
bevorrechtigten Standes und einer herrschenden Klasse ge-
worden. Dann traf auf ihn die Bezeichnung Stände- oder
Klassenstaat zu.

Bei den Ständen unterscheiden wir Geburts- und Be-
rufsstände. Der Geburtsstand umschließt Menschen,
die infolge ihrer Abstammung von bestimmten Eltern einer
sozialen Gemeinschaft mit bestimmten Gerechtsamen ange-
hören. Der einzelne Mensch wird in diesen Stand hinein-
geboren und vermag nur sehr schwer die Schranken zu über-
schreiten, die seinen Stand von den andern trennen. Um-
gekehrt ist es mit großen Schwierigkeiten verknüpft, wenn
ein Außenstehender in einen solchen Stand hineingelangen will,
doch ist die Möglichkeit an und für sich vorhanden. In
seltenen Fällen gelingt es einem Emporkömmling, in einen
höheren Stand einzudringen, wobei er allerdings mit dem
offenen oder versteckten Widerstande der Geburtsaristokratie

zu rechnen hat. Wenn dieses Eindringen überhaupt möglich
ist, so sprechen wir von einer Kaste, das heißt, von einem
innerlich verknüpferten und ererbten Geburtsstande. Die
Zugehörigkeit zu einem Geburtsstande erzeugt eine ganz be-
sondere geistige, seelische Stimmung, ganz besondere Moral-
und Rechtsbegriffe, kurz eine soziologische Besonderheit, die
die Glieder seines Standes gegen die andern, die „ge-
wöhnlichen“ Menschen absperrt. Jahrhunderte hindurch
haben diese Geburtsstände eine große Rolle gespielt in Staat
und Gesellschaft, heute ist ihr Glanz im Verfließen, unser
demokratisches, nivellierendes Zeitalter hat kaum noch Ver-
ständnis für die vergangene Herrlichkeit und der Kapitalis-
mus hat an die Stelle des Geburtsstandes den Geldadel
gesetzt.

Wichtiger als die Geburtsstände waren für die Mensch-
heitsentwicklung die Berufsstände. Ein Berufsstand
umfaßt alle jene Menschen, die eine bestimmte wirtschaft-
liche, geistige oder soziale Tätigkeit verrichten, die durch die
gleiche Erwerbsarbeit miteinander verbunden sind. So
sprechen wir vom Stand der Bauern, der Handwerker, der
Krieger, der Kaufleute, der Geistlichen, der Beamten usw.
Im Gegensatz zum Geburtsstande, dessen Grundlage die Un-
freiheit des Individuums und die Abgeschlossenheit des
Ganges ist, beruht der Berufsstand auf der Freiheit und der
Selbstbestimmung des einzelnen. Der Beruf kann
gewählt werden, und wenn auch zu gewissen Zeiten
sich die Berufsstände zeitweilig absperrten und dadurch ver-
knüpferten, so waren das Versäuerungen, normaler-
weise nimmt ein Berufsstand neuen Zugang auf und erfüllt
sich mit frischem Blute. Was dies für die Entwicklung und
den Fortschritt der Menschheit bedeutet, leuchtet ohne weiteres
ein, man braucht nur an die Entartung und die Unfrucht-
barkeit der Geburtsstände zu denken und sie mit den Bestun-
gen der Berufsstände zu vergleichen, um den Unterschied
deutlich zu erkennen. Allerdings entwickelt sich auch in dem
Berufsstande ein gewisses Standesgefühl, das allmählich zu
einem Standesbewußtsein wird und die Angehörigen des
Standes gegen die Angehörigen anderer Stände absperrt.
Dieses Standesbewußtsein drückt der mittelalterlichen Wirt-
schafts- und Gesellschaftsordnung den Stempel auf und hat
zahlreiche Reibungen und Kämpfe erzeugt, es ist auch heute
noch nicht erloschen. Auch heute noch spielt, allen ausgleichenden
Tendenzen zum Trotz, der Standesdünkel — wie man sich
modern ausdrückt — eine große Rolle, was in verschiedenen
Erscheinungenutage tritt. Bei der Schaffung einer profe-
ssionellen Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Be-
amten, bei der Reform und Verwaltung und beim Abbau
des Bürokratismus, bei den Bestrebungen des Mittel-
standes, ja sogar in geistigen, kulturellen und poli-
tischen Fragen bereitet das Standesbewußtsein ungemaine
Schwierigkeiten. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es
bereits im Altertum begriffen sei und von dem modernen
Klassenbewußtsein aufgelöst werde.

In der kapitalistischen Wirtschaftsweise haben die Be-
rufsstände ihre frühere Bedeutung verloren und in der
kapitalistischen Gesellschaft sind die Geburtsstände mit ihren
Vorrechten abgeschafft. Der Kapitalismus hat die ver-
schiedenen Berufe durcheinandergerührt und in den Groß-
betrieben zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen-
geschloffen. Ein kapitalistischer Großbetrieb, der zahlreiche
Kategorien geistiger und körperlicher Arbeiter unter einen Hut
bringt, verwischt naturgemäß die Unterschiede der Berufe
und nähert die Menschen räumlich und auch seelisch ein-
ander. Sie lernen sich untereinander kennen und verstehen,
und wenn dann noch hinzukommt, daß sie alle vom Kapital
ausgebeutet werden, so muß sich in ihnen das Bewußtsein
entwickeln, einer bestimmten Klasse anzugehören. Auf
der andern Seite schneidet das Kapital auch die Unternehmer
der verschiedenen Berufe zusammen zu einer Arbeits-, Wirt-
schafts- und Interessengemeinschaft, und so bildet sich eine
Unternehmerklasse mit ganz besonderen Eigenschaften. Ob
ein Kapitalist in der Urproduktion (Bergbau usw.) tätig ist
oder in Industrie oder Gewerbe, ob er ein Transportunter-
nehmen hat oder ob er ein Handelsgeschäft betreibt, ob er
gar ein Theater besitzt oder ein Sanatorium, in jedem Fall
ist der Erwerbsbetrieb in ihm mächtig, der auf Kosten der
Arbeitnehmer und der Verbraucher Gewinne erzielen will.
Und wenn auch Interessengengänge bestehen zwischen den
einzelnen Unternehmern oder Unternehmergruppen, das
Gewinnstreben schließt sie zu einer Klasse zusammen. Wesent-
lich liegen die Verhältnisse auch in der Landwirtschaft, denn
auch dort schließt der Interessengengang zu den Arbeitern
große, mittlere und kleine Landwirte zusammen. So ent-
stehen denn die drei großen Klassen der Grundbesitzer, der
Industriellen und Kaufleute und drittens der Arbeitnehmer.
Im Grunde genommen handelt es sich hier nur um zwei
Klassen, um die Klasse der Besitzenden und die
Klasse der Besitzlosen, doch gibt es auch noch
Zwischenklassen (Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte, Schrift-
steller, Künstler usw.), die eine vermittelnde Stellung ein-
nehmen, deren Angehörige in ihrem sozialen Bewußtsein
zwischen beiden Klassen hin- und herschwanken.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gliederung in der
Gegenwart ist eine wesentlich andere als sie es im Mittel-
alter war. Die Klassenengengänge treten viel deutlicher zu-
tage und darum ist das Klassenbewußtsein heutzutage auch
viel deutlicher ausgeprägt. Die verschiedenen Stände sind
zerbrochen und verschwinden immer mehr und auch die soge-
nannten freien Berufe geraten immer mehr in eine Ab-
hängigkeit vom Kapital. Ebenso verlieren die selbständigen
Handwerker und Händler immer mehr ihre wirtschaftliche
Selbstständigkeit, weil sie dem Großkapital (Banken) auf
Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Die Klassenunterscheidung
drückt der modernen Wirtschaft und Gesellschaft ihren
Stempel auf, die Scheidung nach Ständen tritt dagegen
zurück, weshalb der Interessenkampf zwischen den verschiede-
nen Volksständen die Form des Klassenkampfes an-
nimmt. In diesem Kampf kommt es auf Seiten des
Proletariats darauf an, daß es sich zu einer Klasse im sozio-
logischen Sinne entwickelt, das heißt, daß die Proletarier
aller Schattierungen sich bewußt sind, einer ausgebeuteten,
unterdrückten, entrechteten Klasse anzugehören, und daß sie
aus dieser Lieberzeugung den Willen schöpfen, die Klassen-
engengänge aus der Welt zu schaffen.

Die Änderungen in der Einkommensteuer

Der Reichstag hat, durch die immer mehr zunehmende
Geldentwertung gezwungen, den aus Arbeiter- und An-
gestelltenkreisen an ihn gerichteten Anträgen auf Heraus-
hebung des zehnprozentigen Einkommens, Erhöhung der
Verbetskosten und des steuerfreien Einkommens, Erhöhung der
Bemessung der Einkommensteuer stattgegeben. Vom 1. August ab treten die neuen Bestimmungen in Kraft,
nach denen bis zu einem Jahreseinkommen von 100 000 Mt.
10 Proz. Steuern in Abzug kommen. Nach dem neuen
Gesetz beträgt die Einkommensteuer

10 Proz. für die ersten	100 000 Mt.
15 „ für die nächsten	50 000 „
20 „ „ „	50 000 „
25 „ „ „	50 000 „
30 „ „ „	150 000 „
35 „ „ „	200 000 „
40 „ „ „	200 000 „
45 „ „ „	200 000 „
50 „ „ „	1 000 000 „
55 „ „ „	1 000 000 „
für die weiteren Beträge 60 Proz.	

Während also bisher nur bis zu einem Einkommen von
50 000 Mt. der zehnprozentige Abzug gestattet war und für
die nächsten 100 000 Mt. 15 Proz., für die folgenden 20 000
Markt 20 Proz. und dann für 20 000 Mt. 25 Proz. Steuern
zu zahlen waren, ist jetzt für den Steuerpflichtigen bis
100 000 Mt. Einkommen eine starke Entlastung eingetreten.
Die Verbetskosten und Abzüge von der Steuer sind
ebenfalls erhöht worden. Es betragen für den Monat
berechnet

Verbetskosten	90,— Mt.
Abzug für den Steuerpflichtigen	40,— „
„ die Ehefrau	40,— „
„ jedes Kind	80,— „

Auf die Woche berechnet, stellen sich die Abzüge
so dar:

Verbetskosten	21,60 Mt.
für den Mann	9,60 „
„ die Frau	9,60 „
„ jedes Kind	19,20 „

Das neue Gesetz bringt ohne Zweifel den Arbeitern
große Erleichterungen gegen die bisherigen Bestimmungen.
Neben wir uns an einigen Beispielen klar, wie sich der
jetzige Steuerabzug und die Ermäßigungen bei den Kol-
leginnen und Kollegen auswirken.

Wochenverdienst einer Kollegin in Berlin	850,— Mt.
Davon 10 Proz.	85,— „
Die Steuer ermäßigt sich um	31,20 „

Der Lohnabzug beträgt also

	53,80 Mt.
--	-----------

Die Steuerermäßigung setzt sich zusammen aus 21,60 Mt.
für Verbetskosten und aus der Ermäßigung von 9,60 Mt.
für den Steuerpflichtigen. Hat die Kollegin noch einen
mittelselbständigen Angehörigen zu ernähren, so tritt ein weiterer
Steuerabzug von

	19,20 Mt.
hinzukommen	85,— „
	— 70,40 „
	34,60 Mt.

an Steuern zu zahlen.

Ein anderes Beispiel. Ein verheirateter Kollege ohne Kind verdient	1200,— Mt.
Davon 10 Proz.	120,— „
Die Steuer ermäßigt sich um	40,80 „

Die Lohnsteuer beträgt also

	79,20 Mt.
--	-----------

Die Ermäßigung setzt sich zusammen aus 21,60 M. Werbungskosten und zweimal 9,60 M. = 19,20 M., insgesamt 40,80 M.

Ein verheirateter Kollege mit zwei Kindern kann von seiner Steuer 79,20 M. in Abzug bringen.

Werbungskosten	21,60 M.
für sich und seine Frau 2 x 9,60 M.	19,20 "
für zwei Kinder 2 x 19,20 M.	38,40 "
zusammen	79,20 M.

Er müßte bei einem Wochenlohn von . . . 120,— M.
120,— "
= 79,20 "
= 40,80 M.

an Steuern zahlen.

Den gleichen Verdienst soll ein verheirateter Kollege haben, dessen alle Mutter für ihn und seine vier Kinder die Wirtschaft führt. Der Kollege hätte eine Ermäßigung von 127,20 M., also bei 1200,— M. Wochenlohn überhaupt keine Steuern zu zahlen. Er hat das Recht, von der Steuer wöchentlich in Abzug zu bringen:

Werbungskosten	21,60 M.
für seine Person	9,60 "
für die vier Kinder und seine Mutter	96,— "
5 x 19,20 M.	96,— "
zusammen	127,20 M.

Zu beachten ist, daß für einen mittellosen Angehörigen so viel wie für ein Kind, nämlich 19,20 M., von der Steuer in Abzug gebracht werden darf, während für die Ehefrau dem Steuerpflichtigen nur eine Ermäßigung von 9,60 M. zusteht. Ein verheirateter Kollege also, der vier Kinder hat, dessen Familie somit auch wie die des oben angeführten verwitweten Kollegen aus sechs Köpfen besteht, hat nur eine Steuerermäßigung von 117,60 M. Die Ermäßigung für mittellose Angehörige muß vom Finanzamt besonders zugelassen sein.

Sozialpolitische Lenkungsmaßnahmen

Der Reichstag hat sich in seinen letzten Sitzungen veranlaßt gesehen, eine Reihe sozialpolitischer Gesetze zu verabschieden, um der immer mehr zunehmenden Geldentwertung wenigstens einigermaßen gerichtet zu werden. Leider hat sich die Verabschiedung dieser Gesetze im Reichsgesetzblatt bis vor wenigen Tagen verzögert, so daß sie gegen den Willen der Gesetzgeber um mehrere Wochen später als beabsichtigt wirksam geworden sind.

Im folgenden geben wir die wichtigsten Bestimmungen wieder:

I. Erhöhung der Versicherungspflicht. Mit Wirkung vom 7. Juli 1922 wird die Grenze für die Versicherungspflicht von 40 000 auf 72 000 M. erhöht. Angestellte usw., die hiernach neu versicherungspflichtig werden, sind bis zum 14. Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes zu melden. Versicherungsberechtigte, die wegen Ueberschreitens der Vermögensgrenze von 40 000 M. seit dem 5. Januar 1922 aus einer Krankenkasse ausgeschieden sind, können binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes (nach dem 7. Juli) die Wiederaufnahme als Mitglied beantragen.

II. Erhöhung der Grundbühne in der Krankenversicherung. Ab 23. Juni d. J. ist der Grundlohn, nach welchem sich die Beiträge und die baren Leistungen der Krankenkassen richten, von 40 auf 80 M. erhöht worden und den Klassen die Möglichkeit gegeben, bis zu 120 M. Grundlohn heraufzugehen. Die erhöhten Krankengelder sind vom genannten Tage ab auch an solche Versicherte zu zahlen, die an diesem Tage bereits krank gemeldet oder im Bezug von Krankengeld waren.

III. Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Mit Wirkung vom 23. Juni d. J. sind folgende Erhöhungen der Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge in Kraft getreten:

1. die bereits früher gesetzlich festgelegte, aber noch nicht gewährte freie ärztliche Behandlung bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden,
2. als Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden 250 M. (bisher 100 M.) für die Entbindung, 50 M. für Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden). Findet eine Entbindung nicht statt, so wird als Beitrag zu den

Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 50 M. gezahlt.

Dazu kommen:

- a) für versicherte Wöchnerinnen:
3. Wochengeld für zehn Wochen in Höhe des Kranken- geldes, mindestens 6 M. täglich (bisher 4,50 M.).
4. Stillgeld für zwölf Wochen in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens 8 M. täglich (bisher 4,50 M.).

- b) für familienerwerbsfähige Wöchnerinnen (Ehefrauen oder Töchter von Versicherten):

3. Wochengeld für zehn Wochen in Höhe von 4,50 M. täglich (bisher 3 M.).
4. Stillgeld für zwölf Wochen in Höhe von 8 M. täglich (bisher 4,50 M.).

- c) für minderbemittelte Wöchnerinnen:
5. Wochen- und Stillgeld in gleicher Weise (4,50 M. bzw. 8 M. täglich (bisher 3 M. bzw. 4,50 M.)).

Als minderbemittelt gilt eine Wöchnerin, wenn ihr und ihres Ehemannes steuerpflichtiges Gesamteinkommen oder, wenn sie allein steht, ihr eigenes steuerpflichtiges Einkommen 15 000 M. nicht übersteigt. (Wischer wurde nicht das steuerpflichtige, sondern das gesamte Einkommen herangezogen.) Dazu kommen für jedes bereits vorhandene Kind 1500 M. (bisher 500 M.).

Wöchnerinnen, welche vor dem 23. Juni entbunden haben, aber nach diesem Tage noch Anspruch auf Wochen- und Stillgeld haben, erhalten von diesem Tage ab die erhöhten Sätze. Minderbemittelte, die vor dem 23. Juni entbunden haben, aber erst auf Grund dieses Gesetzes bezugs- berechtigt sind, erhalten für die nach dem 23. Juni noch fällige Zeit Wochen- und Stillgeld.

IV. Angestelltenversicherung. Die Versicherungs- grenze für Angestellte wird ab 1. Juli 1922 von 80 000 M. auf 100 000 M. erhöht; der höchste Beitrag ist auf monatlich 110 M. festgelegt.

V. Unfallversicherung. Mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an wird die Lenkungsulage in der Unfall- versicherung gewährt, wenn die Rente 33 1/3 Proz. (bisher 50 Proz.) und mehr beträgt. Die Zulage besteht ab 1. Juli dieses Jahres in dem Betrage, um den die Rente zurückbleibt hinter dem Betrage, den sie hätte, wenn nach folgenden Jahresarbeitsverdienst berechnet würde:

1. falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahres- arbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgelegt worden war, und die Renten 50 Proz. nicht erreichen, Jahresarbeitsverdienst 9000 M.,
2. falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahres- arbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgelegt worden war und die Renten 50 Proz. nicht erreichen, Jahresarbeitsverdienst 4800 M.,
3. im übrigen 15 000 M.;
4. bei Berechnung von Renten von 50 Proz. und höheren bei einem männlichen landwirtschaftlichen Arbeiter 15 000 M.,
5. bei einem weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiter 9000 M.,
6. im übrigen 24 000 M.

Alle in Frage kommenden Anstalten sind sich darüber einig, daß die in den letzten Monaten geradegab verhängnis- volle Steigerung der Geldentwertung meistens dazu führt, daß Notstandsmaßnahmen wie die oben erwähnten bereits überholt sind, wenn sie in Wirksamkeit treten. Um in Zu- kunft wenigstens die technischen Schwierigkeiten etwas zu erleichtern, ist durch Gesetz die Reichsregierung ermächtigt worden, in Zukunft mit Zustimmung des Reichsrats und des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages die Geld- beträge in der Krankenversicherung, Wochenhilfe, Unfall- und Invaliden- sowie Angestelltenversicherung zu ändern.

Lohn- und Tarifkämpfe im Buchbinder- gewerbe

Seit dem Frühjahr 1920 besteht für das Buchbinder- gewerbe ein mit sechs Unternehmerverbänden, die sich zum Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industrie (Vpi) zusammengeschlossen haben, ein Tarifvertrag, durch den die Arbeits- und Lohnverhältnisse, letztere nach sechs Dis-

klassen geordnet und nach Berufsgruppen oder Altersklassen eingeteilt, geregelt wurden.

Bezüglich der Arbeitszeit war bestimmt, und zwar nach Schiedsgericht vom 4. Dezember 1919 durch das Reichsarbeits- ministerium, daß sie wöchentlich 48 Stunden betragen soll. Jedoch sollen dort, wo kürzere Arbeitszeiten bestehen, diese durch den Entschluß nicht berührt werden. Eine weitere Ver- einbarung betrafte, daß mit Zustimmung der gesetzlichen Arbeitervertretung die kürzeren Arbeitszeiten mit der 48stündigen Arbeitszeit in Übereinstimmung gebracht werden können. In einer Reihe von Betrieben war der Versuch gemacht worden, die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu erhöhen, doch scheiterten alle diese Bestrebungen der Unternehmer an dem entschlossenen Widerstande der Belegschaften, die sich die seit dem Herbst 1918 bestehende 46-Stunden-Woche nicht wieder nehmen lassen wollten. In den Groß-Buchbindereien in Berlin, Leipzig, Stuttgart und München, die dabei haupt- sächlich in Betracht kommen, sind zwei Drittel Frauen be- schäftigt und von den ganzen Belegschaften arbeiten rund 70 Proz. im Akkord, nach einem bis in alle Einzelheiten ausgefüllten System. Die Akkordpreise — rund 15 000 Einzelpreise — sind täglich festgelegt, bedingen aber eine außerordentlich intensiven Arbeitsweise, um angemessene Löhne dabei erzielen zu können. Die Arbeiterfraktion sagte sich, und zwar nicht mit Unrecht, daß ihre Arbeitskraft in 46 Stunden so sehr ausgenützt würde, daß durch eine Ver- längerung um zwei Stunden die Woche eine Mehrleistung nicht zu erzielen sei.

Bei dem Ablauf des Reichstags machten die Arbeit- geber nun die Erneuerung des Tarifs mit aller Entschlossen- heit, getreu der von den Deutschen Arbeitgeberverbänden ausgehenden Parole, davon abhängig, daß die 48-Stunden- Woche rückhaltlos im Tarif geändert werde. Da die Unter- händler des Buchbinderverbandes darauf nicht einzugehen gewillt waren, kam es bei den Ende Juni in Würzburg geführten Verhandlungen zum Bruch.

Bei dem Ende Mai getroffenen Lohnabkommen war vereinbart worden, daß es bis zum 31. Juli Geltung haben solle, wobei beiderseits vorausgesetzt wurde, daß der am 30. Juni ablaufende Gesamtvertrag wieder eine Erneuerung erfahren würde.

Da jedoch eine Einigung über den Reichstagsvertrag nicht zu erlangen war, stellten sich die Arbeitnehmer auf den Standpunkt, daß damit auch das Lohnabkommen hinfällig geworden sei, weil es nur ein Bestandteil des Gesamtver- trages war. Der Arbeitgeberverband vertrat die gegen- teilige Auffassung und gab die Weisung an seine Mitglieder aus, sich in keinem Falle vor dem 31. Juli auf Lohnverhand- lungen einzulassen.

Aus dieser Situation heraus entwickelten sich nun in einer ganzen Reihe von Orten Lohnkämpfe, wobei etwa 16 000 Personen in den Streik traten. Die mehrfach an- gerufenen Schlichtungsausschüsse stellten sich teils auf den Standpunkt der Arbeitgeber, daß das Lohnabkommen über den Reichstags hinaus bis zum 31. Juli Gültigkeit habe, teils vertrat sie die Auffassung der Arbeitnehmer, daß mit Ablauf des Hauptvertrages auch das auf diesem basierende Lohnabkommen hinfällig geworden sei.

Der Arbeitgeberverband gab nun die Weisung aus, daß seine Mitglieder die bei ihnen beschäftigten Arbeiter auf- fordern sollen, die Geltung des Buchbinderverbandes zu drängen, daß möglichst zentrale Verhandlungen über den Neubau eines Tarifvertrages stattfinden sollen. Die Streiks, auch an den Orten, wo die Frage der Arbeitszeit keine Rolle spielte, hielten ihre Wirkung nicht verfehlt. Nach- dem auch der Arbeitgeberverband dem Vorstand des Buch- binderverbandes gegenüber direkt die Gemeinheit ausge- sprochen hatte, rief neue Verhandlungen zu führen, traten beide Parteien am 18. Juli in Berlin zusammen. Da dabei weder eine Einigung über die Frage der Arbeitszeit noch über die des Lohnes zu erzielen war, so beschloßen die Arbeitnehmer, das Reichsarbeitsministerium anzureufen, um eine Einschaltung über die Lohnfrage herbeizuführen. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, vor dem Reichsarbeits- ministerium zu erscheinen, verlangten aber gleichzeitig, daß die Frage der Arbeitszeit mit zur Entscheidung gestellt werde. Der daraufhin am 18. Juli unter dem Vorh. des Unter- staatssekretärs a. D. Dr. v. Moellendorf zusammengetretene Schlichtungsausschuß fällte nach eingehenden Verhandlungen folgenden Schlußsatz:

1. Der Schlichtungsausschuß hält nur die Streitfragen über Arbeitszeit und Gehaltsausgleich für eilig, wichtig und dringlich genug, um heute darüber zu entscheiden.
2. Mit sofortiger Wirkung und als Bestandteil des neu

Zur Geschichte des Schriftgusses und der Drucktypen

Von Th. Hoff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Man ist vielfach der Meinung, daß das Wesen der Er- findung der Buchdruckerkunst darin bestand, daß von Letzteren, die zu einem Schriftguss zusammengestellt und ein- gefügt waren, Abdrücke auf Papier hergestellt wurden, womit die Möglichkeit der Herstellung einer beliebigen Zahl von Schriftenserienvervielfältigungen geschaffen war. Damit ist jedoch der Kernpunkt jener Erfindung nicht getroffen. Denn Bild- und Schriftabdrücke solcher Art wurden schon lange vor Gutenberg hergestellt. Schon die Chinesen kannten und verwendeten etwa ein Jahrtausend vor Gutenberg ein Verfahren, durch Abpressen geschnittener Formen auf Papier Vervielfältigungen herzustellen, ein Verfahren, das sie auch bereits zur Schriftenserienvervielfältigung verwendeten. Bei den europäischen Kulturvölkern des Mittelalters aber war der Holzschnitt ein bekanntes und ebenfalls schon lange vor Gutenberg geübtes Verfahren der Vervielfältigung, vor allem von biblischen Darstellungen, jedoch auch, wenn aller- dings auch nur in verhältnismäßig geringem Umfange, der Vervielfältigung von ganzen Schriftstücken. Allerdings unter- scheidet sich dieser mittelalterliche Druck von Holzsnitten sehr wesentlich von dem durch Gutenberg erfundenen Druck- verfahren. Der Holzschnitt ist, gleichviel ob er nun ein Bild oder einen aus einzelnen Buchstaben bestehenden Schriftguss darstellt, immer eine feste und unveränderliche Form, ver- mittelt deren immer nur ein und dieselbe Bild- oder Schriftabdruckung auf das Papier gedruckt werden kann,

während Gutenberg die Drucktypen einzeln und aus- wechselbar herstellte und damit die Möglichkeit schuf, die Lettern in beliebiger Weise zusammenzustellen und so mit einem Letternmaterial sehr verschiedene Schriftstücke und in- haltlich verschiedene Druckwerke zu drucken. Aber auch diese Möglichkeit ist, wenn sie auch allein schon einen sehr bedeutenden Fortschritt gegenüber dem Druckverfahren durch Holzschnitt darstellen würde, doch nicht der Kernpunkt der großen Erfindungsgabe Gutenbergs und würde allein nicht im entferntesten ausreichen haben, der Schriftenserienvervielfältigung und den graphischen Gewerben einen so ungeheuren Auf- schwung zu verleihen, wie es geschehen ist. Denn der Ge- dankte, auswechselbare geschnittene Einzelbuchstaben in vor- schiedener Weise aneinanderzureihen, ist ebenfalls schon lange vor Gutenberg ausgesprochen worden. Schon Cicero, der berühmte Redner und Staatsmann der alten Römer (106 bis 43 v. Chr.), der in der heutigen Graphik in der nach ihm benannten Buchschrift fortlebt, hatte angeregt, auswechselbare Buchstabenformen, die in vorselebener Weise zusammen- gestellt werden könnten, als Unterrichtsmittel zu verwenden, vermittle dessen die Lehrer ihren Schülern Lesen und Rechnen beibringen sollten. Das ist denn auch geschehen, und noch heute machen wir ja in unseren Schulen von jener gezeigten Idee des alten Römers Gebrauch in Form von Les- und Rechenaufgaben, vermittelt deren bewegliche Buchstaben zu Sätzen und Worten zusammengefügt werden können. Aber solche in Holz geschnittenen einzelnen Lettern, von denen jedes immer nur in einem oder höchstens einigen Exemplaren für den genannten Zweck hergestellt wurde, hätte nicht für den Druck eines größeren Werkes, so dem Taufende und Zehntausende von Lettern benötigt werden, ausgereicht. Denn die Herstellung solcher in Holz ge- schnittenen Lettern konnte immer nur einzeln erfolgen, und bei der Schwierigkeit und Kostspieligkeit eines solchen Ver-

fahrens wäre Gutenberg niemals instande gewesen, so viel Letternmaterial, wie er für den Druck seiner Bild- bedurfte, zu erzeugen, hätte er es niemals zu einem Druckverfahren von größerer Leistungsfähigkeit gebracht, und das war auch der Grund, warum jene kluge Idee des alten Cicero für die Entwicklung der Graphik ohne Bedeutung geblieben ist. Der große und schöpferische Gedanke Gutenbergs und das eigen- liche Wesen seiner Erfindung, durch die er erst den Grund zur Technik des Buchdruckes im heutigen Sinne legte, be- stand vielmehr darin, daß er als erster ein Verfahren erfand und anwandte, um Lettern in jeder beliebigen Anzahl schnell und leicht herzustellen und so einen selbst für den Druck des größten und umfangreichsten Schriftwerkes ausreichenden Letternvorrat zu schaffen. Und dieses Verfahren war das Gießen der Lettern in Metall. Erst mit dem Schrift- guss, der die Möglichkeit zur beliebigen Vervielfältigung der Lettern schuf, war auch die Möglichkeit der Schriftenserienv- vielfältigung durch Druck geboren und damit die Grundlage der Buchdruckerkunst gelegt. Der Schriftguss war der große Er- findungsgehalt Gutenbergs; die Zusammenstellung der ge- gossenen Lettern zum Schriftguss und der Abdruck derselben auf Papier vermittelt einer Presse waren lediglich die tech- nische Weiterführung und Verwertung jenes ursprünglichen und Hauptgedankens. Schriftguss, Schriftguss und Druck, das waren die drei Phasen, aus deren Zusammenfügung die Er- findung der Buchdruckerkunst hervorging, die wichtigste und grundlegendste dieser drei Phasen aber war der Schriftguss. Diese Überlegung müssen wir uns klar machen, um die Be- deutung des Schriftgusses, der über der übrigen Technik der Buchdruckerkunst oftmals übersehen wird, für die Erfindung und eben für die weitere Entwicklung dieser Kunst zu er- kennen. Gutenberg war der erste Schriftgusser und wurde dadurch auch zum ersten Schriftgusser und Buchdrucker.

abzuschließenden Manteltariffes wird die regelmäßige Arbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden allgemein eingeführt. Als Abfindung für diejenigen Arbeitnehmer, welche bisher auf Grund der Ziffer 8 des Manteltariffs das Recht zur längerer Arbeitszeit besaßen, wird die Differenz, sofern sie vom Arbeitgeber in Anspruch genommen wird, bis zum 30. September 1922 gemäß Ziffer 36 des Manteltariffs (betr. Lebenslöhne) vergütet.

3. Für die Zeit vom 21. Juli bis 19. August 1922 werden die Spitzenlöhne (bisher 22,40 M.) um 8,50 M. erhöht. (Dieser Satz ist so erhöht, daß er der Spitzenlohnsteigerung für die Buchdrucker gemäß Abkommen vom 12. Juli 1922 annähernd entspricht.) Den Parteien bleibt es überlassen, die Staffellöhne selbst zu vereinbaren. Die Zusage gemäß Ziffer 76 des Manteltariffs (betr. Spezialarbeiter) wird auf 1 M. bzw. 1/2 M. erhöht.

Beiden Parteien wird aufgegeben, sich bis 22. Juli 1922 über die Annahme bzw. Ablehnung dieses Schiedsspruchs dem Reichsarbeitsministerium gegenüber zu erklären.

Beide Parteien nahmen den Schiedsspruch an und trugen daraufhin zu weiteren Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zusammen.

Der neue Vertrag enthält nun die restlose Anerkennung der 48stündigen Arbeitszeit und einige weitere unwesentliche Veränderungen. Bezüglich der Löhne wurden Zuzüge vereinbart, die sich in den sechs Ortsklassen an der Spitze staffeln zwischen 8,50 M. und 6,75 M. bei den Arbeitern und 4,80 M. und 3,60 M. bei den Arbeiterinnen, je nach der Höhe der Spitzenlöhne der Arbeiter nunmehr bewegen zwischen 30,90 M. in Ortsklasse I und 24,45 M. in Ortsklasse VI. Bei den Frauen staffeln sich die Spitzenlöhne zwischen 17,85 M. in Ortsklasse I und 13,20 M. in Ortsklasse VI. Die neu festgelegten Löhne haben Geltung vom 21. Juli bis einschließlich 19. August.

Das Arbeitsverhältnis gilt durch die Streiks als nicht unterbrochen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit allerorts ohne nennenswerte Störungen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Wollte man die Lage der Volkswirtschaft nach dem Beschäftigungsstand der Industrie und dem Umfang der Arbeitslosigkeit einschätzen, so müßte Deutschland gescheitert dastehen. Von Monat zu Monat senken sich die Zahlen der Arbeitslosen bis auf einen Stand, wie ihn die Vorkriegsjahre kaum auszuweisen. Nach den Feststellungen der Verbände waren Anfang Juni nur 0,7 v. H. der Mitglieder arbeitslos, das ist knapp der dritte Teil des Durchschnitts der Vorkriegsjahre. Im ganzen geben die berichtenden Fachverbände rund 40 000 Arbeitslose von 6 1/2 Millionen Mitgliedern an, während Anfang Juni das vorige Jahres nur 5 1/2 Millionen Mitglieder, über die berichtet wurde, 214 000 arbeitslos waren. Die günstige Beschäftigungserfolge sich fast auf alle Berufe und Industrien. Von 41 Fachverbänden, die Berichten, waren in 30 unter 1 v. H. der Mitglieder arbeitslos, 4 Verbände meldeten von 1 v. H. 2 v. H. als arbeitslos, und nur in 7 Verbänden liegt die Zahl der Arbeitslosen über dieses Maß. Namentlich ist vor allem die Nahrungsmittelindustrie. Tabakarbeiter 2,5 v. H., Bäcker 3,9 v. H. und Fleischer 11,8 v. H., Befonders hoch ist die Zahl der Arbeitslosen noch bei den Hülfsarbeitern mit 5,7 v. H. und den Glaser mit 3,3 v. H.

An den Organisationen der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen kamen im Mai auf 100 Mitglieder beim Buchdruckerverband 0,5 Arbeitslose, bei den Buchdruckern 1,5 Arbeitslose, bei den graphischen Hilfsarbeitern 0,6 Arbeitslose, bei den Lithographen und Steinbruckern 0,5 Arbeitslose, beim Graphischen Zentralverband 0,1 Arbeitslose, beim Gutenbergbund keine Arbeitslosen.

Dementsprechend hat auch die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge unterstützten eine ganz erhebliche Senkung erfahren. Unterstützt wurden am 1. April 158 000, am 1. Mai 80 000, am 1. Juni 38 300 und am 1. Juli nur noch 19 900 (davon 14 000 männliche und 5900 weibliche). Diese beträchtliche Senkung ist allerdings zum Teil darauf zurückzuführen, daß auf Drängen des Reichsarbeitsministeriums ein verstärkter Druck auf die langfristige Erwerbslosen ausübt wurde, um diese in der Zeit des regsten Geschäftsganges zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. So wurde u. a. bereits Mitte Mai in 185 Gemeinden, die seit dem 1. Oktober 1921 regelmäßig 20 und weniger Erwerbslose unterstützen, das Vorliegen eines Bedürfnisses für die Erwerbslosenfürsorge verneint. Soweit noch Personen in Fürsorge standen, die auch jetzt noch nicht Arbeit finden konnten, sollten diese anderen Formen der öffentlichen Hilfe überwiesen werden, um so die unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten der Fürsorge zu sparen. Außerdem wurde in den Berufsgruppen mit besonders guter Arbeitsmarktlage die Sockelbau der Unterstützung auf 13 Wochen beschränkt. Ein gleiches trat auch für jugendliche ungerneinte Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Diese Maßnahmen haben sicher die Zahl der Unterstützten stark herabgedrückt, aber die neueren Veränderungen aus den übrigen Orten zeigen auch dort starke Rückgang der Zahl der Unterstützten. An nur 22 Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern entfallen auf je 1000 Einwohner 1 bis 1,9 Unterstützte, in 6 Städten 2 bis 2,9 und in 2 Städten 3 bis 3,5 Unterstützte. Alle übrigen unter 1 vom Tausend. Auch in den Bezirken, die bis jetzt weit in das Jahr 1922 hinein besonders notleidend waren, hat sich die Lage entscheidend gebessert. Groß-Berlin meldet nur noch 4517 Unterstützte = 1,3 v. T., Hamburg 1244 = 1,3 v. T., Kiel 220 = 1,1 v. T., Königsberg 159 = 0,6 v. T., Belpzig 366 = 0,6 v. T.

An Verbindung mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit wird die Frage über den Mangel an gutausgebildeten Facharbeitern immer dringlicher. Es wird vielfach verlangt, den Zugang ausländischer Berufsarbeiter zu erleichtern. Trotz der günstigen Zahlen soll sich aber niemand darüber täuschen, daß die deutsche Wirtschaft auf sehr schwankenden Füßen steht, daß der angespannte Arbeitsmarkt nur auf der fortschreitenden Verdrängung unseres Geldes beruht und vom Zusammenbruch bedroht ist und letzteres um so mehr, als sich immer mehr die Tendenz durchsetzt, die Preise für im Ausland gewonnene Lebensbedürfnisse den Weltmarktpreisen gleichzusetzen, eine Tendenz, die zur Vernichtung unserer Exportmöglichkeit führen muß und die nur durch immer weitere

Selbstverschlechterung aufgehoben werden kann. Die günstigen Zahlen des Arbeitsmarktes sollen daher nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon heute alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, um kommenden, unvermeidlichen Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Die Kunst im Arbeiterheim

Wie in unermüdlichem Kampf die Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet schier unüberwindliche Hindernisse zur Erringung sozialer und ökonomischer Freiheiten den Volksmassen aus dem Weg räumten, so hat der geistig regsamste Teil der Arbeiterklasse mit nie verlagerter Kraft daran gearbeitet, auch in kultureller Hinsicht den Massen den Weg zu bahnen. So erschlossen die Volkshäuser in Berlin, Wien und anderen Städten der Arbeiterklasse das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die ihre Wirksamkeit bald über das gesamte Gebiet der Kunst ausbreiteten, boten der Arbeiterklasse neben guten Kunstausstellungen und klassischen Konzerten in Bühnen- und Bilderausstellungen Literatur und Heimtschmuck von gewöhnlichem Geschmack. Mit diesen Bestrebungen stellten nun die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein den Volkstanzsänger „Das Bild“, einen Genossenschaft in der Reichshauptstadt (Gesellschaft Berlin-Mariendorf, Kurfürststr. 19) zur Seite. Der Zweck der Genossenschaft ist folgendermaßen: „Die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben bildnerischer und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart.“ Bisher sind drei Drucke erschienen: „Das Balkonsimmer“ von Adolf Menzel, „Der Kohlenknecht“ und „Ideale Landschaft“ von Richard Schulz. Weitere Werke sind in Vorbereitung. Der Preis der originalgetreuen Bilder (46 x 23, 56 x 62, 56 x 65 Zentimeter) beträgt 60 M. für das Bild. Die Bilderausstellungen, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Volkskassen, der Konsumgenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter u. i. f. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen resp. ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftsvereine, Vereinigungen u. m., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die oben genannte Gesellschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Durch die Ausschüttung eines jeden Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angehörigen und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturbetrieb des volkshemischen Zeitalters, den beschämenden Schmutz, der selber noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schärfe belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterklasse angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarische Empfindung gemäße Auswahl der Werke.

Wir begrüßen freudig die Kulturkämpfe des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbedacht lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterklasse auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feiner Gestaltung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse.

Aus unseren Zahlstellen

Darinsicht. Mitgliederversammlung am 19. Juli. Kollege Mühl gab bekannt, daß vom Gewerkschaftsamtell der Demonstrationsopfer vom 27. Juni. Laut Beschluß des Bezirksrats soll möglichst ein Stundensohn abgefordert werden. Wir ersuchen unsere Kollegenschaft, dies zu beachten. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde vom seitherigen Revisor, Kollegen Speiß, bekanntgegeben und von der Versammlung genehmigt. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende, Kollege Menges, welcher gleichzeitig Kassierer ist, schlug vor, den Kollegen Speiß als Hilfskassierer zu wählen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Dann wurden die neuen Teuerungszulagen bekanntgegeben. Der Vorsitzende bedauerte in seinen Ausführungen aufs lebhafteste, daß auch jetzt wieder die alten Prozentlagen besetzt werden. Nach genauer Einsicht in die Verhältnisse kann festgestellt werden, daß die Lohnunterschiede heute eine Spannung erreicht haben, die zwischen Hilfsarbeiter und Gehilfen die Summe von 150 bis 250 M. und bei den Arbeiterinnen von 550 bis 600 M. ausmacht. Neben ging auf die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen ein, mit welchen unsere Vertreter zu kämpfen haben. Sogar der gesamte Kollegenschaft ist es, hier endlich eine Änderung herbeizuführen, auch wenn aus den äußersten Mitteln gegriffen werden muß. Aus der „Solidarität“ ist zu ersehen, daß der Reichsarbeitsrat von Prinzipalsseite gekündigt ist. Jetzt haben wir es in der Hand, alle Ungerechtigkeiten aus dem Reichsarbeitsrat zu beseitigen. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Kollege Menges die Kollegenschaft auf, mehr wie je zur Organisation zu stehen, nur so kann eine Besserung erzielt werden. Der Vorsitzende gab die Zuzüge im Einzelnen bekannt. Durch dringliches Vorgehen der Gehilfen ist es möglich gewesen, den den 155 M. ab 1. Juli noch weitere 150 M. ab 7. Juli pro Woche zu erhalten, wovon unsere Kolleginnen und Kollegen die im öffentlichen Tarif festgelegten Prozentlagen erhalten. Diese sind wesentlich höher als im Buchdruck. In der Diskussion rief die Mitteilung von der Kündigung des Reichsarbeitsrats lebhaften Widerspruch hervor und von allen Rednern wurde betont, daß es nun Aufgabe der Kollegenschaft sei, ihre Anträge in

den Versammlungen einzubringen, wenn Änderung geschaffen werden soll. Von den Orts-, Gau- und Zentralverbänden wird äußerste Energie zur Durchführung besserer Verhältnisse verlangt. Dann gab Kollege Menges bekannt, daß die Unterführungen bis zum 1. August noch in seiner Wohnung, Gutenbergstr. 33, und von da ab jeden Freitag nachmittags von 5—6 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ ausbezahlt werden sollen. Der Arbeitsnachweis müsse besser benutzt werden, das Nachfragen in den Betrieben müsse aufhören. Mit einem Appell zur Einigkeit fand die sechste verlaufene Versammlung ihr Ende.

München. Die äußerst zahlreich besuchte Mitgliederversammlung vom 14. Juli mußte im 1. Tagesordnungspunkt verschiedene Neuwahlen vornehmen.

Kollege Lehmeier berichtete eingehend über die in der „Solidarität“ Nr. 23 ausgeschriebene Neubelebung der Ortskassierstellen. Eingelassen sind 9 Bewerbungen, darunter 3 auswärtige. Letztere mußten, da bei erst. Wahl keine Aussicht auf eine Wohnung bestanden hätte, von vornherein ausgeschlossen werden. Die sechs anderen Bewerber, je drei männliche und weibliche Münchener Mitglieder, wurden reiflich zu dem am 12. Juli festgelegten Urmahl gestellt, aus dem Kollege Hans Bauer mit übergroßer Mehrheit hervorging. In Kollege Bauer ist jetzt 2. Vorsitzender der Zahlstelle und Vorsitzender des Tarifschiedsgerichts war, mußten nun für diese Posten Ersatzkandidaten stattfinden. Zum 2. Vorsitzenden wurde mit großer Mehrheit der Kollege Albert Schmid, zum Vorsitzenden des Tarifschiedsgerichts der Kollege Richard Wagner gewählt. Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsverein traf wiederum die Kollegen Gertheimer, Albert Schmid, Hermann Weiß und Kollegin Luernhammer.

2. Punkt der Tagesordnung war die Bewegung im Buch- und Steinbrud.

Kollege Lehmeier berichtete, daß unser bestehender Ortsrat bis zum 31. August verlängert wurde, weil in der Arbeitszeitfrage mit den Gehilfen eine Verständigung noch nicht gefunden wurde. Bei den letzten Lohnverhandlungen, in denen unsererseits die gleichen Teuerungszulagen wie die der Gehilfen gefordert wurden, schloßten wir wieder mit den bekannten Prozentlagen ab. Nachdem Kollege Lehmeier nun auch noch die neuen Teuerungszulagen für das Buchdruckgewerbe bekanntgegeben hatte, kam in die schon zu Anfang von oppositionellem Geist getragene Versammlung eine mehr als stürmische Diskussion. Fast sämtliche Redner, es waren deren nicht wenige, perurteilten in schärfster Weise das seitdem bekannte Prozentsystem, das uns von dem Hungerlohn der Buchdrucker noch einen beträchtlichen Teil abzwackt und die Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß, wenn diesem Verbleib nicht befristet abgelehnt wird, sie es über die Köpfe der Führer hinweg zum Bruch im Münchener Buchdruckgewerbe kommen läßt. Ganz besonders wurde auch auf die im Thomasbräu stattgefundene Versammlung aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hingewiesen, deren Endergebnis in Gestalt einer Resolution dem Gehilfenvertreter Hemmerich sowie Kollegen Bucher zugestimmt worden war und dabei gefragt, ob unsere Vertreter das neue Abkommen als „den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend“ ansehen. Nicht bloß, daß die neuen Zulagen erst vom 10. Juli an bezahlt werden, läßt man sich in einer Zeit laminarischer Teuerungswellen darauf ein, ab 1. August mit weiteren 60 bzw. 51 M. abzuschießen, eine Summe, die so lächerlich wie unannehmbar ist. Demonstration wurde verlangt, daß der Kollege Bucher vor dem nächsten Abschluß in München erscheinen und nicht bloß Rechenschaft ablegen, sondern auch persönlich die Künftigen zur nächsten Tarifauseinandersetzung mitnehmen soll, welche die Münchener Kollegenschaft schon lange gefordert und nicht glaubt, daß sie auf dem gewöhnlichen Wege dem Hauptvorstand so richtig zum Bewußtsein gebracht werden. Zusammenfassend spiegelt sich das Bild der Versammlung in folgender einstimmig gefaßter Resolution:

„Die heute so zahlreich versammelten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen legen energischen Protest gegen das Prozentsystem ein, das als nicht mehr länger erträglich erachtet werden kann, so daß bei den nächsten Verhandlungen ein Ausgleich stattfinden muß. Sollte dieser Aus wiederum nicht gehört werden, so zieht es die graphische Hilfsarbeiterchaft vor, andere Wege zu gehen. Dies als letzte Mahnung.“

Nachdem Kollege Lehmeier noch einbrüllend gegen jede wilde Bewegung gewarnt und auf die Verhandlungsschwierigkeiten hingewiesen hatte, wurde nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten die so stürmisch wie nie verlaufene Versammlung geschlossen.

Nürnberg-Fürth. In einer am 17. Juli abgehaltenen Versammlung des Buchdruckerpersonals wurde das Ergebnis der Verhandlungen des Tarifausschusses besprochen. Eingehend wurde auch die Vorgeschichte des Kampfes in Berlin dargestellt. Durch den Kampf der Arbeiterkraft im Berliner Buchdruckgewerbe bekam die Deftlichkeit erst einen Einblick in die rückständigen Lohnverhältnisse, die sich weit unter dem Durchschnitt anderer Berliner Industrien bewegen, was auch ziffernmäßig nachgewiesen wurde. Die neuen Zulagen blieben, absolut betrachtet, auch keinen Ausgleich für die Teuerung, aber doch im Verhältnis zu den früheren Beträgen einen gewissen Fortschritt. Ferner kommt noch in Betracht, daß sie auch richtunggebend für die übrigen graphischen Gewerbe sind. Bei der Beurteilung darf auch die Auswirkung in der Provinz, sowohl bei der Gehilfenkraft wie beim Hilfspersonal, nicht unterschätzt werden. Die Zusammenfassung des Hilfspersonals in der Provinz, besonders in Klein- und Mittelstädten, die geistige und berufliche Einstellung ist wesentlich verschieden von den Großstädten. Ist es uns bisher auch nicht gelungen, über die Prozentfrage hinauszu kommen, so muß die Forderung auf eine Erhöhung derselben immer wieder erhoben werden.

Kollege Dagner machte den Vorschlag, die Kollegenschaft soll bei gutem Geschäftsgang überall selbst betriebsweise Zulagen verlangen, denn nur auf diesem Wege ist es möglich, den Ausgleich zu schaffen, den uns die Prozentfrage nicht bringen. Das Wirtschaftsleben hat seine eigenen Gesetze, die sich nicht nach den starren Formen eines Reichstarifs richten. Wir kennen den hartnäckigen Widerstand der Provinzprinzipale, auf die das Schlagwort vom „konservativen Buchdrucker“ zutrifft. Bei aller Rücksichtnahme auf die kleinen Druckorte kann den Großstädten in der heutigen Zeit nicht zugemutet werden, Opfer für die Provinz zu bringen.

Vergleicht man die Ergebnisse des Tarifsausschusses mit den Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse und der Landes-einigungsämter, so ist festzustellen, daß die früher vielfach gerühmte „sozialpolitische Einigkeit“ der Prinzipale nicht mehr im Buchdruckgewerbe, sondern eher bei anderen Körper-schaften zu finden ist.

Die sehr lebhaft eingehende Ansprache befaßte sich mit den einzelnen Druckerhältnissen. Volle Anerkennung fand das Entgegenkommen der „Fränkischen Verlagsanstalt“ (Parteidruckerei), die den Kollegen außer der Gewährung einer Zuschlagszulage die neue Zulage in demselben Betrage wie den Schüssen auszahlt und den Kolleginnen neben einer Extrazulage 70 Proz. der Gehaltszulage bewilligte. Auch eine andere Buchdruckerei erklärte sich bereit, neben einer 10proz. Zulage auf den derzeitigen Lohn dem Hilfspersonal bei jeder Teuerungszulage einen um 10 Proz. erhöhten Satz zu zahlen.

Rosenheim. Ein schwerer Verlust. Eine unserer Besten im Gau IV wurde am Donnerstag, den 27. Juli 1922 in Rosenheim zu Grabe getragen. Unsere Vorsitzende und Kassiererin, Kollegin Amalie Bigl, starb im schönsten Alter von 33 Jahren wie so viele ihrer Berufskolleginnen an der Prostrikterkrankheit. Nach einem warmen Nachruf über das verdienstvolle Wirken der Verstorbenen legte unser Bauleiter, Kollege Lehmeier-München, im Namen des Gau IV einen prächtigen Kranz nieder. Dasselbe tat im Auftrage der Geschäftsstelle Rosenheim unser neu gewählter Vorsitzender Hans Barth, ebenfalls in warmen Dankworten der Verdienste der Verstorbenen gedenkend. Unsere Amalie ist nicht mehr, aber ihr Geist und ihre Arbeitsfreudigkeit lebt weiter. Wir werden der Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren. F. L.

Aus unserer Bewegung im Stein-druck-gewerbe

Thüringen.

Für Altenburg, Gera, Gotha, Rudolstadt, Saalfeld und Zeitz gelten im Steindruck folgende Mindestlöhne:

	ab 22. Juli	ab 29. Juli
Steinschleifer, verheiratet	1202	1254
„ ledig	1176	1228
Hilfsarbeiter, verheiratet, über 24 Jahre	1173	1225
„ ledig, über 24 Jahre	1141	1195
„ verh., von 21—24 Jahren	1003	1050
„ ledig, von 21—24 Jahren	960	1007
„ von 19—21 Jahren	880	923
„ 17—19	783	821
„ 15—17	617	650
„ im 15. Jahre	381	405
Anlegerinnen, Offset und Rotary	730	772
„ Licht- und Stein-druck	699	732
Auslegerinnen, über 18 Jahre	665	699
„ unter 18 Jahren	583	611
Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	654	685
„ von 18—20 Jahren	594	623
„ 16—18	500	529
„ 14—16	350	369

Nürnberg-Fürth.

Es erhalten an neuer Zulage:

Männliche Hilfsarbeiter im Alter von	ab 22. Juli	ab 29. Juli
16—18 Jahren	80	80
18—21	80	80
21—24	105	105
über 24 Jahre	140	140
Anlegerinnen, Fängerinnen und Matulaturgießerinnen	85	85
Goldauslegerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen von		
16—18 Jahren	45	45
18—21	65	65
über 21 Jahre	85	85
Jugendliche unter 16 Jahren, soweit nicht an der Maschine oder als Goldauslegerin tätig	35	35
Die Abmachungen gelten bis 18. August.	20	20

Rundschau

Neue Zulagen für Lithographen und Stein-drucker wurden durch Verhandlungen am 21. Juli vereinbart. Die neuen Teuerungszulagen kommen in zwei Raten ab 22. und ab 29. Juli zur Auszahlung. Es werden auf die bestehenden Wochenlöhne gewährt:

	ab 22. Juli:	ab 29. Juli:
bei 0—7½ Proz. Totalzuschlag	110	120
„ 15 „ „	115	125
„ 20 u. 25 „ „	120	130
bei 0—7½ Proz. Totalzuschlag	40	45
„ 15 „ „	45	50
„ 20 u. 25 „ „	50	55

Nachahmenswertes Beispiel. Anlässlich des 30jährigen Geschäftsjubiläums der Briefumschlagfabrik A. u. C. Schneide-wind, Berlin SW. 19, Beuthstr. 1, spendete die Firma ihrem gesamten Personal 30.000 Mk. Das ganze Personal erhielt dadurch je nach Dauer seiner Tätigkeit 100 bis 500 Mk. als Geschenk. Gleichzeitig feierte die Kollegin Elisabeth Thomas ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum und erhielt von der Firma ein künstlerisch ausgeführtes Diplom und 3000 Mk. in bar. Auch das kaufmännische Personal und die Kollegenschaft spendeten Blumen, Geschenke und Geld in Höhe von 3000 Mk. Der Kollegin Thomas auch an dieser Stelle herzlichsten Glückwunsch. Der Firma wünschen wir weiter guten Geschäftsgang und uns viele Unternehmer, die diesem Beispiel folgen.

Die Generalversammlung der „Graphischen Union“ in Tschedien tagte am 4. und 5. Juni in Bodenbach. Außer 55 Delegierten waren Vertreter der Lithographen und Stein-drucker und des Hilfsarbeiterverbandes Deutschösterreichs sowie aus Deutschland Vertreter der Buchbinder und der Stein-drucker anwesend.

Der Verbandssekretär Merz, der den Vorstand-bericht erstattete, konnte von einer günstigen Entwicklung der Verbandseinrichtungen und auch der Finanzen reden.

Durch den Abschluß von Tarifverträgen konnte die wirt-schaftliche Lage der Mitglieder bedeutend gehoben werden. Die organisatorischen Schwierigkeiten der deutschen graphi-schen Arbeiter in der Tschechoslowakei finden auch zu einem nicht geringen Teil ihre Ursache in der nationalitätlichen Zer-rißtheit der Arbeiterschaft dieses Landes. Durch die so-genannten Prager Organisationen ist die Tarifarbeit er-schwert worden. Einigungsversuche mit den tschechischen Verbänden sind jedoch angebahnt worden, haben aber noch zu keinem Erfolge geführt. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurde von Herbst-Deutschland und Mühl-bacher-Osterrich, beide Vertreter der Lithographen und Stein-drucker, die Notwendigkeit von Gegenseitigkeitsver-trägen mit der Graphischen Union betont. Von den Dele-gierten wurde die Arbeit des Verbandsvorstandes anerkannt und ihm ein Vertrauensvotum ausgestellt.

Bei der Behandlung über die vorliegenden Entwürfe nahm den breitesten Raum die Regelung der Beiträge und der Unterfertigungsätze ein, wozu wieder Merz den Re-ferat übernommen hatte. An der Aussprache beteiligten sich 38 Redner. Schließlich wurde eine Kommission ein-geleitet, die der Generalversammlung am anderen Tage Vor-schläge machte. Sie wurden von den Delegierten einstimmig gutgeheißen. Eine Beitragserhöhung in allen sechs Klassen ab 1. Juli, eine Neuregelung der Arbeitslosen- und Reise-unterstützung und die Wiedereinführung der Krankenunter-stützung waren die wichtigsten Beschlüsse.

Nach den Wahlen zur Verbandsleitung sprach Merzthen über „Ausbau und Organisation“. Er legte Anträge zur Schaffung eines Tarifsausschusses, zum Ausbau und zur Ausgestaltung der Stellenermittlung und zur Einführung einer Lebenshaltungstafel vor. Der Erlassung der noch nicht organisierten Kartonnagenarbeiter und der tariflichen Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse redete der Referent besonders das Wort. Seine Anträge und Vor-schläge fanden die Zustimmung des Verbandstages, der nach Entgegennahme eines Berichts über die Tätigkeit der Zen-tralgewerkschaftskommission für den Aufgabenteil der Be-triebsausschüsse seine Arbeiten erledigt hatte.

Eingegangene Druckschriften

Das alljährliche Arbeitsrecht in Deutschland. Vortrag von Hugo Sinzheimer, gehalten am 11. Deutschen Gewerkschafts-tag in Leipzig. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. O. Berlin 1922. Preis der Broschüre im Umhänge 5.— Mk. für Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie das Buchlein durch ihre Examinationsbescheinigung, 3.— Mk. Unter Hinweis auf die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter durch das gleiche Berufsständel, fordert Sinzheimer ein einheitliches Arbeits-recht und einheitliche Arbeitsverhältnisse. Er behandelt die Streitfrage über die Stellung der Arbeitsgerichte und der Justiz in der sozialen Gleichstellung. Der Kern des Vortrages bildet die Forderung als Organ der gesellschaftlichen Verfassung, die Freiheit und Verantwortlichkeit der Koalition, er schließt mit Unter-suchungen über die Arbeitsmotive, indem er die neue Epoche des Arbeitsrechts aufzeigt.

Anzeigen

Unseren lieben Kolleginnen Martha Scholz, Martha Gärthner und Emma Leopold die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Josephine Glogau.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse vom 1. April bis 30. Juni 1922.

Einnahmen		Markt		Ausgaben		Markt	Pf.
Ein Eintrittsgeld	292 Mark	4 2.—	584.—	Per Unterfertigungen		825	571
„ „	848	„ 3.—	2 544.—	„ Agitationskosten		40	160
„ „	1 018	„ 4.—	4 072.—	„ Verwaltungskosten		285	180
„ „	1 118	„ 5.—	5 590.—	„ Verbandszeitung		180	637
„ „	685	„ 6.—	8 810.—	„ Literatur		3	297
Beiträgen:	10 146	„ 2.—	20 292.—	„ Kranken-, Angestellten- und Invalidenversicherung		24	860
„ „	48 908	„ 3.—	146 724.—	„ Gehälter und Entschädigungen		488	858
„ „	120 107	„ 4.—	480 428.—	„ Konferenzen, Reisen, Sitzungen usw.		44	871
„ „	179 870	„ 5.—	899 350.—	„ Tarif- und Lohnbewegungen		19	352
„ „	195 884	„ 6.—	1 172 804.—	„ Druckkosten		50	297
4542 Mark	20 Pf. für vorläufig Abgemeldete		908 40	„ Beiträge an Körperschaften		69	829
Nachzahlungen			6 142	„ Kapitalertragssteuer usw.		4	327
sonstigen Einnahmen			14 165	„ Post und Diverse		8	701
verrechneten Zuschüssen			45 188	„ Verbliebene Zuschüsse		26	576
Summa			2 802 050	Summa		1 549 504	42

Vorstehende Abrechnung ist auf ihre Übereinstimmung mit den Büchern, den Belegen und mit der Kasse geprüft und in Ordnung gefunden.
Berlin, den 26. Juli 1922.

Unsere Zahlstellen vereinnahmten im 1. Quartal 1922 den Betrag von 2 742 748,40 Mk. für Eintrittsgelder und Beiträge, außerdem zahlten sie 45 136,15 Mk. an Vor-schüssen zurück. Dazu kommen die direkten Einnahmen der Verbands-kasse für Inserate, Zinsen usw. in Höhe von 14 165,61 Mk., so daß sich die Quartaleinnahme auf 2 802 050,16 Mk. stellt. Demgegenüber stehen 1 549 504,42 Mk. an Ausgaben, so daß sich ein Ueberschuß von 1 252 545,74 Mk. ergibt.

Von den Ausgaben kommen auf Unterfertigungen 325 571,30 Mk. Davon Arbeits-lofenunterstützung 25 674,05 Mk., Krankenunterstützung 132 572,05 Mk., Streikunterstützung 167 493,30 Mk., Ge-maßregelungsunterstützung 3 098,50 Mk., Rechtschutz 50 Mk., Ertraunterstützung 6 683,40 Mk.

Agitation in den Gauen und Zahlstellen 40 160,55 Mk. Verwaltungskosten: 265 180,20 Mk. Davon er-hielten die Zahlstellen 189 253,57 Mk. an Prozentsen und 7 714,35 Mk. für kleine Ausgaben, 6900,75 Mk. verausgabte die Hauptkasse für Unterhaltung des Bureaus, 52 382,45 Mk. für Pensionierungen und 8 929,08 Mk. für Aufwendungen in den Zahlstellen.

„Solidarität“ 189 637,05 Mk. Davon Druck und Papier 140 276,25 Mk. Dabei sei bemerkt, daß infolge anderer Berechnung diesmal die Druckkosten nur für zwei

Monate angegeben sind. Für Expedition 24 071,30 Mk., für Redaktion 10 425 Mk., für Mitarbeit 630 Mk., Zeitungen, Zeitschriften usw. 1 181 Mk., sonstige Ausgaben 13 053,50 Mk.

Literatur: 3297,40 Mk. Davon für Tageszeitungen 309 Mk., Zeitschriften 360,90 Mk., Broschüren usw. 2627,50 Mk.

Kranken-, Angestellten- und Invaliden-versicherung 24 850,60 Mk. Davon in den Zahlstellen 16 668,95 Mk. und von der Verbandskasse verausgabte 8181,65 Mk.

Gehälter und Entschädigungen in der Zahlstellen: 396 689,80 Mk., im Verbandsvorstand 91 663,75 Mk., zusammen 488 353,55 Mk.

Konferenzen und Sitzungen: 44 871,80 Mk. Davon Vorstandssitzungen 2348 Mk., Gantagungen 1394 Mk., Beiratsungen 26 261,70 Mk., Gewerkschaftstages und Verbandstage 11 253,10 Mk., graphische Bundesversammlungen 600 Mk., Reisen des Verbandsvorstandes 1532 Mk., Kassen-revisionen 193 Mk., sonstige Sitzungen 1290 Mk.

Tarife und Lohnbewegungen: 13 352 Mk. Davon Tarifsausschüssen 5400 Mk., Tarifamtsmit-gliedern 1160 Mk., Schriftführerarbeiten und Stein-druckerarbeiten-lohnverhandlungen 6792 Mk.

Druckkosten: 50 297 Mk. Davon Umlenkungsmar-ten 13 527,25 Mk., Formulare 36 769,75 Mk.

Beiträge an Körperschaften 69 329 Mk. Da-von Extrabeitrag an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund 39 571 Mk., ordentlichen Beitrag an denselben 10 550 Mk., Zentralratkommission der Schriftführer 4048 Mk., Graphischen Bund 15 000 Mk., Arbeitsgemeinschaft für das Papierfach 160 Mk.

An Kapitalertragssteuern usw. find 4 327,12 Mk. und für Postporto 3701,50 Mk. verausgabte, außer-dem verblieben noch 26 575,85 Mk. an Vor-schüssen.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug am Schluß des 4. Quartals 1921 15 728 männliche und 51 149 weibliche, zusammen 66 877 Mitglieder. Im 1. Quar-tal find eingetreten 1373 männliche, 4004 weibliche, zu-sammen 5377 Mitglieder. In der gleichen Zeit schieden aus: 843 männliche, 2582 weibliche, zusammen 3425 Mit-glieder, so daß wir um 1952 Mitglieder zugenommen haben; und am Schluß des 1. Quartals 16 253 männliche und 52 371 weibliche, zusammen 68 624 Mitglieder zählten.

Es hielten sich 1637 Mitglieder während 4431 Wochen arbeitslos, davon 475 männliche mit 1329 Wochen und 1162 weibliche mit 3152 Wochen. Krank waren 7456 Mitglieder während 36 453 Wochen, davon 2033 männliche mit 6903 Wochen und 5423 weibliche mit 29 543 Wochen.